

Politiker brauchen ihre Erfolgserlebnisse

LUNGERN «Ist politische Arbeit noch zeitgemäss?», fragte die CSP. Nach Antworten suchte auch der bekannte Politwissenschaftler Iwan Rickenbacher.

ROMANO CUONZ
redaktion@obwaldnerzeitung.ch

Die Präsidentin der CSP Lungern, Helen Imfeld, war hochofrenet. Mit gutem Grund! Wohl eher selten kann eine kleine Ortspartei so viel Prominenz zu einem Podium begrüssen. Unter der Leitung von Moderator Michael Zezzi (Radio SRF) diskutierten Iwan Rickenbacher (Politwissenschaftler), Karl Vogler (Nationalrat), Gerda Lustenberger (Geschäftsleiterin Stiftung Rütimattli) und Erich Ettl (ehemaliger Steuerverwalter). Die Fragestellung war ebenso einfach wie hoch brisant: Ist politische Arbeit noch zeitgemäss? Wer zieht in Zukunft den «Karren»? Wie Helen Imfeld ausführte, fällt es Parteien gerade in kleinen Orten immer schwerer, fähige Leute für politische Ämter zu motivieren.

«Milizler» brauchen Anerkennung

«Grössere Anerkennung, gesellschaftlich, beruflich, öffentlich-rechtlich, kann die Bereitschaft fähiger Leute, unserer Gemeinschaft als Politiker zu dienen,

erhöhen», postulierte der erfahrene frühere Politiker und heutige Kommunikationsberater Iwan Rickenbacher. Weil radikale Veränderungen noch längere Zeit beanspruchen würden, schlage er vorerst einmal einige konkrete kleine Schritte vor. «Wichtig sind eine gute, unkomplizierte Organisationsform mit modernen Kommunikationsmitteln und Massnahmen zur Verbindung von Beruf und Milizarbeit», forderte Rickenbacher.

Leuten, die ein öffentliches Amt ausüben, sollten nach Meinung von Rickenbacher, immer auch Erfolgserlebnisse beschieden sein. «Dazu gehört, dass nicht dauernd Kompetenzen von Gemeinden an Kantone und von Kantonen an den Bund weitergegeben werden», sagte er. «Politiker müssen wissen, dass sie Verantwortung tragen, etwas bewegen können.» Was Rickenbacher sehr begrüsst: dass die Hochschule Luzern (Bereich Wirtschaft) ab Herbst auch Politikerinnen und Politikern ein interessantes Angebot macht. «Sie können mit ihren praktischen Erfahrungen zusammen sogar zu einem Hochschulabschluss kommen!»

Diffamierungen müssen aufhören

Vollkommen einig waren sich alle Diskussionssteilnehmer: Diffamierungen, wie sie heute bei gewissen Polparteien zur Strategie gehören, müssen aufhören. Nationalrat Karl Vogler brachte es auf den Punkt: «Parteien, die am Milizsystem festhalten wollen, müssen auch dafür sorgen, dass möglichst viele Leute Interesse haben, aktiv Politik zu machen.»

Motivierend, so Vogler, seien letztendlich immer die Wertschätzung, die Fairness und der Respekt gegenüber Personen, die sich für die Gemeinschaft einsetzen.

Gerda Lustenberger, als frühere Obwaldner Kantonsrätin bei einer Linkspartei, berichtete, wie sie oft mit Anfeindungen umgehen musste. «Deshalb ist es mithin schwierig, Leute zu überzeugen», sagte die Frau, die als Mutter von vier Kindern Beruf und Politik unter einen Hut gebracht hat. Aus ihrer langen Erfahrung resultiert ein interessanter Vorschlag: «Wir müssen ein überparteiliches politisches Mentoring für Jung und Alt aufbauen.» Leute, die neu in die Politik einsteigen, sollten nach Gerda Lustenbergers Meinung mentale Unterstützung und praktische Tipps von erfahrenen, allenfalls pensionierten Mitbürgern erhalten. Freiwilligenarbeit müsste es sein!

Apropos Freiwilligenarbeit: Der frühere Steuerverwalter Erich Ettl, der nun in der Privatwirtschaft tätig ist, ermahnte, dass man die Unternehmer keinesfalls vergessen dürfe. Heutzutage würden diese oft die Hände von der Politik lassen. «Sie sehen bei politischen Tätigkeiten mehr Nach- als Vorteile, fürchten gar, dass ihnen Aufträge entgehen könnten», so Ettl. Häufig sei der Vorwurf, dass Unternehmer nur deshalb in die Politik gingen, um Geschäfte zu machen. Er verlangte: «Wir müssen wieder Wege finden, damit politisierende Unternehmer nicht angefeindet werden!»



Kommunikationsberater Iwan Rickenbacher (links) diskutiert mit Nationalrat Karl Vogler über politische Arbeit.
Bild Romano Cuonz

Wertschöpfung dank innovativer Projekte

NIDWALDEN Die Wirtschaftsregion Nidwalden/Engelberg prosperiert. Auch dank verbesserter Zusammenarbeit mit Obwalden und innovativer Projekte.

«Die Regionalpolitik ist ein Erfolgsinstrument», sagte Margrit Kopp, Präsidentin und Geschäftsführerin des Regionalentwicklungsverbandes Nidwalden und Engelberg (REV) an der Generalversammlung am Donnerstag in Hergiswil. Sie betonte: «Die neue Regionalpolitik hat zum Ziel, durch Förderung innovativer Projekte die Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit der Regionen zu steigern und so einen Beitrag zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen zu leisten.» Konkret habe sich dies im vergangenen Jahr gezeigt. Nebst allgemein bekannten Projekten wie etwa Gästival wurde auch weniger Bekanntes unterstützt, so die Luftseilbahn Eggwald-Gummenalp, ein Gesuch von «Via Urschweiz» für einen Rundweg, die Sportmittelschule Engelberg, ein neuer Wanderführer für Nidwalden oder eine Kooperation von Wolfenschiessen mit Engelberg Tourismus.



«Ziel ist, die Wertschöpfung der Region zu steigern.»

MARGRIT KOPP,
PRÄSIDENTIN REV

Abgelehnt wurden unter anderem ein Gesuch der Weidli-Stiftung zur Unterstützung eines Neubaus einer Tagesstätte und ein Gesuch für ein E-Marketing für Tourismusbetriebe in Nidwalden. Begründet wurde die Entscheidung damit, dass diese Gesuche nicht in die Stossrichtung der Regionalpolitik passen oder nicht alle Kriterien erfüllen.

Der Vorstand des REV besteht aus Margrit Kopp (Präsidentin und Geschäftsführerin), Vizepräsident Herbert Würsch, Kassier und Gemeindevorteiler Peter Christen, Beatrice Richard für den Gemeinderat Stans, Robert Hurschler, Vertreter Tourismus Engelberg, und Sekretärin Irène Christen. Von der Volkswirtschaftsdirektion stehen dem Vorstand zudem Diana Hartz (Fachstellenleiterin) und Philipp Zumbühl (Projektleiter/Departmentssekretär) zur Seite. Die Delegiertenversammlung besteht aus 12 Delegierten der Regionsgemeinden und dem Vorstand REV.

Neues Tourismusgesetz 2017

Die Zusammenarbeit zwischen dem REV Nidwalden/Engelberg und dem REV Sarneraatal Obwalden funktioniert gut. Um diese zu optimieren, solle bei der Beratung der Gesuche aus Engelberg ein Vertreter der Fachstelle Obwalden an der Sitzung in Nidwalden teilnehmen. Volkswirtschaftsdirektor Othmar Filliger äusserte sich zum aktuellen Tourismusgesetz. «Der Tourismus in Nidwalden und die Situation in den Gemeinden ist sehr heterogen.» Deshalb habe der Regierungsrat beschlossen, dass ein föderaler Ansatz weiterverfolgt werden soll. Damit seien die Gemeinden weitgehend frei, über den Inhalt und die Ausrichtung der Tourismusförde-

rung zu bestimmen, so Othmar Filliger. Weiter gab er bekannt, dass der Landrat voraussichtlich gegen Ende Jahr das Gesetz beraten wird und dieses frühestens auf 1. Januar 2017 in Kraft treten könne.

Bezahlbares Wohnen in Nidwalden

Weiter erwähnte Filliger, dass die Volkswirtschaftsdirektion damit beauftragt wurde, den Entscheid des Stimmvolkes betreffend bezahlbares Wohnen in Nidwalden umzusetzen. Dieser war mit über 70 Prozent angenommen worden. Der Regierungsrat werde bis Mitte Juni einen Richtungsentscheid fällen und in der zweiten Hälfte 2015 eine Vorlage ausarbeiten, welche Anfang 2016 in die Vernehmlassung gehen wird. «Auch hier sind wir stark angewiesen auf die Erfahrungen in den Gemeinden», sagte Filliger.

KURT LIEMBD
redaktion@nidwaldnerzeitung.ch

Information und Projektberatung

REV KL. Der Regionalentwicklungsverband Nidwalden/Engelberg (REV) besteht seit 1998 und bietet projektbezogene Dienstleistungen an wie Information und Beratung, Mithilfe bei der Gesuchstellung, Beurteilung sowie kompetente Hilfe für die Erstellung eines Businessplanes. Nach der Zustimmung des REV zu einem Projekt wird es der Volkswirtschaftsdirektion überwiesen. Diese überprüft das Projekt und formuliert einen Antrag an den Regierungsrat für finanzielle Unterstützung.

Der Vorstand des REV besteht aus Margrit Kopp (Präsidentin und Geschäftsführerin), Vizepräsident Herbert Würsch, Kassier und Gemeindevorteiler Peter Christen, Beatrice Richard für den Gemeinderat Stans, Robert Hurschler, Vertreter Tourismus Engelberg, und Sekretärin Irène Christen. Von der Volkswirtschaftsdirektion stehen dem Vorstand zudem Diana Hartz (Fachstellenleiterin) und Philipp Zumbühl (Projektleiter/Departmentssekretär) zur Seite. Die Delegiertenversammlung besteht aus 12 Delegierten der Regionsgemeinden und dem Vorstand REV.

www.rev-nw-engelberg.ch

Wird Alpnach wirklich entlastet?

Zum Interview «Die Gemeinde Alpnach wird entlastet», Ausgabe vom 29. April

Um es vorwegzunehmen, diese Aussage von Regierungsrat Paul Federer entspricht nur der halben Wahrheit. Positiv ist zu werten, dass der Kanton nun nach langen Verhandlungen die Bauherrschaft übernimmt und sich auch am Unterhalt beteiligt. Wenig Verständnis habe ich, wenn sich der Regierungsrat vehement gegen die Übernahme der nicht anrechenbaren Kosten wehrt.

Beim Projekt Hochwassersicherheit Sarneraatal mit Stollen Ost werden die nicht anrechenbaren Kosten vom Bauherr (Kanton) übernommen. Ich bin klar der Meinung, was für Sarnen richtig ist, müsste auch für Alpnach richtig sein. In der Projektierung wurde festgestellt, dass mit der Inbetriebnahme des Hochwasserstollens die Abflussmengen der regelmässig wiederkehrenden Hochwasser in der Sarneraatal in Alpnach markant ansteigen werden. Diesem Umstand musste bei der Überarbeitung des

Bitte kurz fassen

LESERBRIEFE Leserbriefe sind willkommen. Bitte fassen Sie sich möglichst kurz (maximal 2600 Zeichen). Schicken Sie Ihren Beitrag per Mail an redaktion@nidwaldnerzeitung.ch oder redaktion@obwaldnerzeitung.ch. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Zuschriften zu nationalen Themen gehen an die Hauptredaktion in Luzern.

Projektes Rechnung getragen werden. Wesentliche Mehrkosten werden durch die höheren Abflussmengen im Stollen verursacht. Grössere Gerinne, mehr Aushub, mehr Deponiekosten, neue zusätzliche Projektierungskosten usw.

Die Gemeinde Alpnach hat das Projekt Sarneraatal mit Stollen Ost solidarisch mitgetragen. Auch ich habe mich ein-

gesetzt, um dieses Projekt zum Erfolg zu führen. Geht es nun um das Projekt Sarneraatal Alpnach, gerät diese Solidarität plötzlich in Vergessenheit. Selbst Sarner Kantonsräte wehren sich gegen die Übernahme der nicht anrechenbaren Kosten durch den Bauherrn. In ihrer Gemeinde war die Übernahme dieser Kosten hingegen selbstverständlich!

Alpnach ist bereit, seinen Beitrag zum Hochwasserschutz zu leisten. Mit der Übernahme der nicht anrechenbaren Kosten durch den Bauherrn wird kein Präjudiz geschaffen. Bis zur Übernahme durch den Kanton am 1. Januar 2016 fallen ohnehin bereits nicht anrechenbare Kosten von mehreren hunderttausend Franken an, die noch von der Gemeinde bezahlt werden.

Noch ist es nicht zu spät, für Solidarität und Gleichbehandlung zu sorgen. Der Kantonsrat hat in der zweiten Lesung zum Gesetz über die Wasserbaumassnahmen an der Sarneraatal Alpnach Gelegenheit dazu.

WALTER HUG, MITGLIED
WASSERBAUKOMMISSION ALPNACH

Die Eindrücke vom Wichelsee sind zwiespältig

Zum Artikel «Eierstechen soll schon bald beginnen», Ausgabe vom 25. April

Ein beliebtes Erholungsgebiet in idyllischer Natur und Stille ist der Wichelsee (...) eine grosse Vielfalt an Pflanzen und Wasservögeln (...) Solche und ähnliche Sätze finden sich in Prospekten und Internetseiten.

- Vor einer Woche sah ich:
- Die Autobahn versorgt das Gebiet mit Lärm- und Abgasemissionen rund um die Uhr.
 - Das Kulturland, hochgelobtes: eine fette, blumenlose und begüllte Wiese, ca. fünf Meter ans Seeufer angrenzend.
 - Der Spazierweg zwischen Land und Wasser: viel frequentiert von Menschen aller Art, mit vielerlei Fahrzeugen, in Begleitung von Hunden.
 - Dann der Naturschutz: ein sehr schmaler Streifen zwischen Weg und

Wasser, teilweise mit Schilf. Die Stellen ohne Schilf mit Stämmen verbarriadiert, um Schwäne am Ausstieg aus dem Wasser zu hindern (wie auf Schildern mitgeteilt wird). Dies, weil sie Schaden am Kulturland anrichten.

Wenn Kulturland - (begülltes/gedüngtes) - so nah an Wasser-, Natur- und Tierlandschaft grenzt, ist das nicht verwunderlich. Warum die Wiese nicht zu wildem Land machen und das Problem sich selber lösen lassen? Wenn sich der Kanton Obwalden als naturnaher Erlebniskanton verkaufen will, dann sollten die Blumen nicht nur auf der Homepage und auf 1500 Metern über Meer zu sehen sein. Auf dem schmalen Streifen «unbemenschten» Landes zwischen Weg und Wasser liegt mitten drin ein gelber Blumenball, ganz allein, und sieht aus, als wäre er gepflanzt worden, damit wenigstens irgendetwas blüht, Ende April, im Naturschutzgebiet Wichelsee.

MARIA ISENEGGER, GISWIL

Leserbriefe